

Frieden schaffen mit weniger Waffen

Ethische und politische Überlegungen

Die Idee eines Konzils, oder wie es dann abgeschwächt heißt, eines konziliaren Prozesses Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung geht auf eine Idee von Carl Friedrich von Weizsäcker zurück und ist entstanden in der damals sehr hektischen Atmosphäre und Diskussion um den Nachrüstungsbeschluß, der auch in der Kirche zu unterschiedlichen Auffassungen geführt hat.

Weizsäcker hat kürzlich – mit dem Titel „Bewußtseinswandel“ – sein neuestes Buch veröffentlicht. Dort heißt es, daß die uns bedrängenden Themen der Gerechtigkeit, des Friedens, der Bewahrung der Schöpfung durch gemeinsame Anstrengungen der Vernunft lösbar sind. Weizsäcker führt aber gleichzeitig aus, unsere politischen Ordnungen, unser gesellschaftlicher Zustand und unsere seelische Verfassung machten diese gemeinsame Vernunft fast unmöglich. Diese Aussage könnte man als resignativ oder als pessimistisch verstehen. In diesem Wörtchen *fast unmöglich*, also nicht unmöglich, steckt auch ein optimistischer Ansatz für eine Lösung der uns bedrängenden Fragen. Dieser Optimismus ist unverzichtbar nicht zuletzt für einen Christen, wenn er an die Lösung ganz schwieriger und drängender politischer Sachfragen herangehen will.

Dietrich Bonhoeffer hat im Jahre 1943, wenige Monate vor seiner Verhaftung, einen Rückblick geschrieben auf zehn Jahre, von 1933 bis 1943, und dort in einem Kapitel über den Optimismus folgendes gesagt: „Es ist klüger, pessimistisch zu sein. Vergessen sind die Enttäuschungen, und man steht vor den Menschen nicht blamiert da. So ist Optimismus bei den Klugen verpönt. Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über die gegenwärtige Situation, sondern eine Lebenskraft, eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignieren, eine Kraft, den Kopf hochzuhalten, wenn alles fehlzuschlagen scheint, eine Kraft, Rückschläge zu ertragen, eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner läßt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt. Es gibt auch einen dummen, feigen Optimismus, der verpönt werden muß. Aber den Optimismus als Willen zur Zukunft soll niemand verächtlich machen, auch wenn er hundertmal irrt; er ist die

Gesundheit des Lebens, die der Kranke nicht anstecken soll.“ Diese Begriffsbestimmung des Optimismus ist von ganz großer Bedeutung, weil die Diskussion der letzten Jahre über die drängenden Fragen der Rüstung deutlich gemacht hat, daß es viel zu wenig Optimismus gibt, aber viel zu viel Angst, leider auch im kirchlichen Bereich. Im christlichen Glauben darf jedoch begründeter Optimismus nicht verwechselt werden mit mangelndem Problembewußtsein, sondern muß ein Ansatzpunkt für die notwendigen Problemlösungen sein. Heute gibt es im Bereich der Sicherheitspolitik und der Abrüstungspolitik bei dem Thema „Wie können wir Frieden für die Zukunft sichern, auch mit weniger Waffen?“ durchaus hoffnungsvolle Zeichen. Spätestens seit dem Vertrag der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Sowjetunion über die Vernichtung der atomaren Mittelstreckenwaffen ist die Untergangsstimmung, die Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland viel mehr als in anderen westlichen Ländern verbreitet war, wieder etwas gewichen.

Die Diskussion, die wir Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit dem erwähnten Nachrüstungsbeschluß über die Sicherheitspolitik hatten, war teilweise unerträglich geworden, weil Emotionen die notwendige sachliche Diskussion verdrängt hatten. Es kam auch in der Kirche zur Verabsolutierung von Meinungen bis hin zur Feststellung des Status Confessionis bei den Reformierten. Es wurde völlig übersehen, daß es nicht um die Fragen des Glaubens ging, sondern um die Frage, was in einer konkreten politischen Situation der richtige Weg ist, um zu entsprechenden Lösungen zu kommen. Legitim war selbstverständlich der Streit und die Auseinandersetzung um die richtigen Wege, aber es war nicht legitim, eine Meinung zu verabsolutieren.

Schon der damalige Nachrüstungsbeschluß, der Ende der siebziger Jahre gefaßt worden war, hatte die Philosophie, leider in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik nicht von allen gesehen, nicht zu einer Aufrüstung zu kommen, sondern einen ersten wichtigen Schritt zu unternehmen, um zu kontrollierten Abrüstungsmaßnahmen auf beiden Seiten zu kommen, den Frieden zu sichern mit weniger Waffen. Dieser Beschluß hatte nicht das Ziel, daß der Westen zusätzlich aufrüstet, sondern er wollte die Sowjetunion bewegen, einen Teil ihrer Überrüstung wegzunehmen. Es war sehr eigenartig, daß die Diskussion fast ins Absurde bei uns gesteigert worden ist. Es gab nämlich auch in manchen Teilen der Kirche Leute, die mehr Angst hatten vor noch gar nicht aufgestellten westlichen Raketen als vor den längst in Zielrichtung Westen installierten östlichen Raketen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland versuchte im Jahre 1981, mit der Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ die Diskussion zu versachlichen; sie ist heute von derselben Aktualität wie vor sieben Jahren. Es heißt in der Einleitung: „Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist eine Aufgabe, die der Grundrichtung der christlichen Botschaft entspricht. Die Verkündigung des Evangeliums ist von der Versöhnlichkeit und Widersprüchlichkeit menschlicher Friedensbemühungen vor Gott im Vertrauen auf seine Hilfe. Die Hoffnung des Glaubens läßt sich durch die Gefährdung und Verletzung des Friedens in unserer Welt nicht lähmen. Darum nehmen die evangelischen Christen in unserem Land an der Sorge um den Frieden lebhaft und leidenschaftlich Anteil und wenden der Verantwortung für den inneren und äußeren Frieden große Aufmerksamkeit zu.“ Und bezogen auf die damals aktuelle Situation: „Die Kammer (für öffentliche Verantwortung, die diese Denkschrift ausgearbeitet hat) gelangte zu der Überzeugung, daß eine Begegnung des Wettrüstens und neue Anstrengungen für eine Abrüstung wegen der Risiken der Rüstungstechnik vorrangig sind. Sie erkannte aber auch die Schwierigkeiten, eine Rüstungsbegrenzung zu verwirklichen, in der das militärische Gleichgewicht der Kräfte gewahrt bleiben soll. In der Kammer herrscht keine Einmütigkeit darüber, ob deshalb jetzt ein Punkt erreicht sei, den Schritten zur Rüstungsbegrenzung auch auf Kosten des militärischen Gleichgewichts unbedingten Vorrang zu geben. Es besteht aber große Übereinstimmung darüber, daß eine zukunftsweisende Lösung der Rüstungsproblematik nur im Rahmen einer politischen Ordnung des Friedens gefunden werden kann.“

Darum ist es letzten Endes in den Auseinandersetzungen gegangen, eigentlich bis heute: Ist es richtig oder vielleicht sogar christlich geboten, eine Politik zu verfolgen, die auf Vorleistung gerichtet ist in der Hoffnung, daß durch Vorleistung auch die andere Seite zu entsprechenden nachfolgenden gleichen Schritten kommt, oder ist es richtig – und dies war die Grundlage der Politik der vor 1982 amtierenden Regierung –, auf Gleichgewicht zu bestehen und eine ausgewogene Vereinbarung beider Seiten zur Sicherheit beider Seiten anzustreben? Was damals mit der Philosophie des Nachrüstungsbeschlusses von westlicher Seite gewollt war, nämlich zu weniger Waffen zu kommen, nicht zu einer Aufrüstung, hat sich nicht sofort im Jahr 1983 – da kam es zunächst zu der Nachrüstung –, aber bereits einige Jahre später glücklicherweise durchgesetzt. Es kann nicht

verschwiegen werden, daß daran die neue Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow ab 1985 wesentlichen Anteil hatte. Der neue sowjetische Generalsekretär Gorbatschow hat bei Amtsantritt 1985 erkannt, daß die Sowjetunion schon aus eigenem Interesse ihre Politik der Überrüstung beenden mußte, weil sie aus militärischen Gründen nicht notwendig ist und die sowjetische Wirtschaft in den Ruin führen würde. Dies war der erste wichtige Grund dafür, daß wir glücklicherweise ab 1985 zu einer neuen Situation der Weltpolitik und der Sicherheitspolitik gekommen sind und schrittweise Sicherheit nicht durch Überrüstung mit immer mehr Waffen, sondern Sicherheit mit weniger Waffen erreichen können.

Dazu mußte natürlich kommen, daß auch der amerikanische Präsident Reagan, der ursprünglich, seit seinem Amtsantritt 1980, eine andere Politik verfolgte, einsah, daß auch die Vereinigten Staaten ihren Beitrag leisten müssen. So ist es zu dem INF-Abkommen zur Vernichtung der Mittelstreckenwaffen gekommen. Der entscheidende Durchbruch in diesem Vertrag besteht darin, daß nicht ein Abkommen geschlossen worden ist, in dem beide Seiten sich bezüglich der Anzahl der Waffen auf höherem Niveau als vorher einigen, sondern daß eine ganze Waffenkategorie vernichtet wird. Gleichzeitig werden Verifikationsmaßnahmen, Kontrollmaßnahmen, Überwachungsmaßnahmen beschlossen, damit die Abkommen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich von beiden Seiten kontrolliert werden und zum Erfolg führen können. Dieses Abkommen ist der erste entscheidende Schritt, um das auch für den Christen gebotene Ziel der Abrüstung und des Friedens mit weniger Waffen zu erreichen. Natürlich muß man sich als Realist darüber im klaren sein, daß es nur ein erster Schritt ist, weil auf diese Weise nur drei Prozent der bestehenden Atomwaffen vernichtet werden und nicht die anderen 97 Prozent. Mit diesem Abkommen ist erreicht worden, daß wir zu weiteren Fortschritten kommen.

Im Laufe der nächsten Jahre wird es im Sinne des Friedens mit weniger Waffen um drei wesentliche Bereiche gehen. Die beiden Weltmächte verhandeln über eine fünfzigprozentige Reduzierung der Interkontinentalraketen, über eine völlige Vernichtung der chemischen Waffen, über eine Reduzierung der konventionellen Waffen. Ein großer Fortschritt ist, daß Verteidigungsminister Scholz kürzlich bei einem Besuch in Moskau ein Referat vor sowjetischen Generalstabsoffizieren halten konnte. Hier sind Entwicklungen im Gange, die noch vor kurzer Zeit völlig undenkbar gewesen wären. Die sowjetische Seite erkennt jetzt im konventionellen Bereich an, daß sie einen Vorteil hat, daß es also nicht nur um die Reduzie-

rung von Rüstungen geht, sondern um die sogenannte asymmetrische Reduzierung. Die Sowjetunion gibt zu, daß sie in bestimmten Bereichen eine Überrüstung hat, und ist bereit, im Rahmen von Abrüstungsmaßnahmen von West und Ost in bestimmten Bereichen mehr abzurüsten als im Westen.

Darüber hinaus gibt es weitere Entwicklungen zwischen Ost und West, um das Ziel Frieden mit weniger Waffen zu erreichen.

Man ist sich auf beiden Seiten darüber einig, daß es um eine Beseitigung der Ungleichgewichte geht, aber auf niedrigerem Niveau. Darüber hinaus soll die Fähigkeit der einen oder anderen Seite zu einem Überraschungsangriff oder zur raumgreifenden Offensive unmöglich werden. Dies wird zu einer neuen Definition der jeweiligen Verteidigungs- und Militärdoktrin führen. Die gegenwärtige sowjetische Militärdoktrin ist nicht eingestellt auf Defensive, sondern auf Offensive, auf Raumgewinn. Aber auch die sowjetische Seite erkennt jetzt an, daß wir zu einer defensiven Verteidigung kommen müssen.

Beide Seiten werden immer mehr erkennen, daß Sicherheit in unserer heutigen Zeit und auch in der Zukunft in einer atomar gerüsteten Welt nicht mehr durch Überrüstung gegeneinander zu erreichen ist, sondern nur durch die Erkenntnis, daß alle Staaten praktisch zu einer Sicherheitspartnerschaft verpflichtet sind. Oder anders ausgedrückt: daß alle sich orientieren müssen an der Überlebensgemeinschaft, weil keiner den anderen bezwingen kann, denn der Sieg des einen über den anderen ist nicht mehr möglich und jede kriegsrische und atomare Auseinandersetzung würde in der Vernichtung aller enden.

Dies sind einige Stichworte aus der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion innerhalb und zwischen den Militärbündnissen. Es sind nicht abstrakte idealistische Ideen, weit abgehoben von der politischen Realität, sondern sie finden bereits Eingang in die aktuellen politischen Diskussionen bei Verhandlungen zwischen West und Ost, in die Überlegungen in den Paktsystemen des Warschauer Paktes und der NATO.

Über diese militärischen Fragen hinaus, die gleichwohl sehr wichtig sind, muß aber immer deutlicher werden, daß letzten Endes der Frieden nicht militärisch erreichbar ist, sondern nur politisch. Und es ist auch notwendig, daß der Friedensbegriff nicht verkürzt wird. Zum Frieden gehört auch soziale Gerechtigkeit, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Insofern ist auch die Themenstellung des konziliaren Prozesses nicht nur auf Frieden verengt, sondern in der Kombination Frieden, Gerechtigkeit und

Bewahrung der Schöpfung richtig und wichtig. Es darf der Begriff des Friedens nicht beschränkt werden auf militärische Sicherheit oder Abrüstung. Dies muß vor allem bei uns in Deutschland immer wieder gegenüber der Regierung der DDR, der SED gesagt werden. Die SED versucht seit Jahren, den Friedensbegriff zu verengen auf die Fragen der militärischen Abrüstung. Wir müssen immer wieder deutlich machen, daß der Begriff des Friedens nicht nur eine Frage des Friedens nach außen ist, der Abwesenheit von Krieg, sondern auch des Verhältnisses eines Staates zu seinen Bürgern, vor allem also eine Frage der Menschenrechte. Zu einer internationalen Friedensordnung kommen wir durch mehr wirtschaftliche Kooperation zwischen West und Ost, aber auch zwischen Nord und Süd, durch mehr kulturelle Kooperation. Je enger die Verbindungen, die Gespräche, die Kontakte, die Verträge zwischen den verschiedenen Bündnis-systemen sind, je stärker ist der Frieden gesichert.

Christen müssen bei der Friedensdiskussion immer fragen: Wie geht die Regierung mit ihren Bürgern um? Insofern gehört der Ruf nach der Gewährleistung elementarer Menschenrechte zum Begriff des Friedens. Es muß noch mehr als bisher erkannt werden, daß Frieden durch Politik und nicht durch Militär geschaffen wird, so wichtig die Sicherheitsfragen sein mögen. Die oben zitierte Denkschrift der EKD aus dem Jahr 1981 sagt zu Recht: „Die Sicherung und Erneuerung des Friedens unter den Völkern kann nicht allein und nicht auf Dauer durch militärische Gewaltmittel gelingen. Darum gebietet es die heutige weltpolitische Situation, den Vorrang einer umfassenden politischen Sicherung des Friedens vor der militärischen Rüstung wiederzugewinnen.“

Und zur christlichen Orientierung in der Friedensaufgabe sagt die Denkschrift: „Die christliche Kirche hat die Aufgabe, die Hoffnung des Glaubens zu stärken angesichts der Ängste, die in der heutigen weltpolitischen Lage überall aufbrechen. Als Christen verschließen wir nicht die Augen vor den Verletzungen und Gefährdungen des Friedens. Aber wir verlassen uns darauf, daß die Erfahrungen der Gewalt, die diese Hoffnung zu widerlegen scheinen, nicht das letzte Wort behalten werden. Nur wer Hoffnung hat, hat auch Zeit für konsensfähige Lösungen der Probleme, die uns heute ängstigen. Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist die von Christen geforderte Antwort auf den Frieden, den Gott in Jesus Christus verheißen hat. Auf seine gnädige Zusage hin antworten wir mit dem Zeugnis des Glaubens an die Versöhnung Gottes mit seiner Welt.“

Diese Orientierung sollte von Christen stärker als bisher aus der Erkenntnis heraus vertreten werden, daß die Probleme der Welt immer

schwieriger werden, für den einzelnen immer undurchschaubarer mit der Folge, daß die Orientierungslosigkeit wächst, und die Menschen auch das Gefühl haben, daß vorhandene politische Konzepte bisheriger Art mangelnde Glaubwürdigkeit aufweisen. Deshalb sollten gerade wir als Christen, unabhängig in welcher Funktion wir uns befinden, deutlich machen, daß Frieden mehr ist als Sicherheit. In Jesaja 32 heißt es: „Frieden ist die Frucht der Gerechtigkeit.“ Frucht ist etwas Dynamisches, Frucht wächst, und auch der Frieden muß wachsen. Wir werden nie einen idealen Endzustand erreichen, aber wir müssen uns darum bemühen, daß mehr Frieden entsteht und die Dynamik des Rüstungswettlaufs ersetzt wird durch eine Dynamik des Friedens, eine Formulierung, die Papst Paul VI. bereits in der Weihnachtsbotschaft 1963 verwendet hat. Es geht um den Vorrang der politischen Friedenssicherung vor einer reinen militärischen; denn Waffen können die Aufgabe der Friedenssicherung weder ethisch noch politisch erfüllen. Auch die Lehre vom gerechten Krieg ist in der gegenwärtigen rüstungstechnischen Situation längst überholt.

In der Stuttgarter Erklärung aller christlichen Kirchen auf dem Boden der Bundesrepublik, die sich im Oktober 1988 mit dem konziliaren Prozeß befaßt haben, heißt es: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein. Notwendig ist eine Lehre vom gerechten Frieden sowie konkrete Maßnahmen der Aussöhnung, der Vertrauensbildung und der Solidarität.“ Hier hat man sich einstimmig – im Konsens, und um den Konsens geht es ja – auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt. Es geht für den Christen letztlich bei der Thematik Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung um den Abbau der Feindschaft, um die christliche Botschaft für die Welt, so wie es im Epheserbrief in Kapitel 2 heißt: Frieden in und durch Christus ist dadurch gekennzeichnet, daß er die Mauer zwischen den Menschen, nämlich die Feindschaft eingerissen hat. Die Überwindung der Feindschaft zwischen den Völkern und auch die Überwindung der Feindschaft in den einzelnen Völkern und Staaten und Gesellschaften ist die zentrale Bestimmungsgröße für christliches Handeln im Sinne der Versöhnung und im Sinne des Friedens.

Wo Treu und Glaube aufhören, da muß das Regieren auch ein Ende haben.
Gott helfe uns Deutschen! Martin Luther